

Außerordentlicher Landesparteitag  
4. November 2009, Altlandsberg

SPERRFRIST: Beginn der Rede

## Rede Matthias Platzeck

- Es gilt das gesprochene Wort -

### Gemeinsinn und Erneuerung: Ein Brandenburg für alle.

Anrede

Unsere Landtagswahl liegt jetzt gute fünf Wochen zurück. Und wie wir feststellen konnten, ist das Leben seither nicht unbedingt einfacher geworden. Die Ereignisse und Entwicklungen der letzten Wochen haben uns alle heftig in Atem gehalten.

Aber eines ist auch wahr, und das sollten wir uns gerade heute Abend hier in Altlandsberg noch einmal klar und deutlich in Erinnerung rufen: Wir haben die Wahl am 27.09. gewonnen, gegen den Trend in der gesamten Bundesrepublik.

Wir haben alle zusammen einen fantastischen Wahlkampf geführt! Wir haben zusammengehalten!

Wir haben bei widrigsten Bedingungen nicht die Nerven verloren!

Wir haben uns nicht entmutigen lassen, als der Wind von vorne wehte.

Wir haben niemals aufgegeben!

Und am Ende haben uns die Wählerinnen und Wähler wieder zur stärksten Partei im Land gemacht! Und zwar klar und deutlich!

Zum fünften Mal in Folge seit 1990!

Anrede

Dafür danke ich Euch allen, jedem und jeder einzelnen von Euch – stellvertretend für all die anderen Genossinnen und Genossen hier in Brandenburg. Wir können alle zusammen stolz sein auf unsere Partei und auf dieses Ergebnis.

Ja, es sieht so aus, als würden wir hier bei uns im Land ein paar Sachen richtig machen, die anderswo nicht ganz so gut klappen.

Und genau deswegen blicken die Leute nach Brandenburg. Nicht nur Sozialdemokraten. Wir sind der lebendige Beweis dafür, dass Sozialdemokratie in Deutschland sehr wohl erfolgreich sein kann.

Das macht uns interessant für alle, die es gut meinen mit der deutschen Sozialdemokratie. Das macht uns interessant für alle, die wollen, dass es wieder aufwärts geht mit der SPD in Deutschland.

Das macht uns hier in Brandenburg aber auch interessant für alle in Deutschland, die genau das gerade nicht wollen. Das macht uns interessant und wichtig für alle, die hoffen, sie könnten die Sozialdemokratie nun endgültig kleinkriegen.

Diesen Leuten sind wir ein Dorn im Auge. Diesen Leuten passt es nicht, dass hier in Brandenburg eine starke und selbstbewusste Sozialdemokratie gibt. Eine Sozialdemokratie, die tief in der Mitte der Gesellschaft verwurzelt ist. Eine Sozialdemokratie, die sich aus der Mitte nicht verdrängen lässt. Eine Sozialdemokratie, der niemand so einfach die Butter vom Brot nimmt.

Diese Leute wollen die sozialdemokratische Festung Brandenburg schleifen. Aber diesen Gefallen *dürfen* wir ihnen nicht tun! Und diesen Gefallen *werden* wir ihnen auch nicht tun.

Anrede

Unser deutlicher Vorsprung vor allen anderen Parteien in Brandenburg ist die klare Bestätigung eines gefestigten Grundvertrauens – eines Grundvertrauens in die solide Arbeit der Brandenburger Sozialdemokratie. Dieses Grundvertrauen der Menschen in unserem Land ist über fast zwei Jahrzehnte entstanden.

Und seien wir nicht zu kleinmütig, seien wir nicht allzu bescheiden: Dieses Grundvertrauen der Menschen gilt uns selbst! Es gilt uns Brandenburger Sozialdemokraten! Es ist kein irgendwie abgeleitetes Grundvertrauen. Es gilt uns also nicht etwa deshalb, weil wir einen ganz bestimmten Koalitionspartner hatten oder haben.

Nein, wir selbst sind es, auf die die Bürgerinnen und Bürger im Land setzen. Auf uns blicken die Bürgerinnen und Bürger, wenn es darum geht, unsere Heimat auf einem Fortschrittskurs zu halten, der unserem Land eine sichere Zukunft ermöglicht:

- Von uns – mehr als von jeder anderen Partei – erwarten die Menschen in Brandenburg eine Regierungsarbeit, die dauerhaft stabile politische Verhältnisse im Land schafft.
- Von uns erwartet man eine Politik, die allen Brandenburger Kindern und Jugendlichen in allen Landesteilen erstklassige Bildungs- und Lebenschancen ermöglicht.

- Von uns erwartet man eine Politik, die bestehende Arbeitsplätze sichert und qualifizierte neue Jobs in zukunftsfähigen Branchen ins Land holt.
- Von uns erwartet man eine Politik, die wirtschaftliche Erfolge und soziale Gerechtigkeit auf produktive Weise miteinander verbindet und nicht gegeneinander ausspielt.
- Von uns erwartet man eine Politik, die gezielte Investitionen in die Zukunft unseres Landes mit solider Haushaltsführung vereinbart.
- Von uns erwartet man eine Politik, die langfristige Energiesicherheit mit ökologischer Vernunft in Einklang bringt.
- Von uns erwartet man eine Politik, die Weltoffenheit und Toleranz in unserer Gesellschaft nachhaltig befördert.

#### Anrede

Wie kann ich mir unserer Sache so sicher sein? Ganz einfach, weil sich das Vertrauen in unsere Fähigkeit, die Probleme unseres Landes zu lösen, empirisch nachweisen lässt.

Alle einschlägigen Umfragen zeigen: Wir Sozialdemokraten sind in Brandenburg die Kompetenzführer auf wichtigen Politikfeldern:

- bei der sozialen Gerechtigkeit,
- bei der Bildung,
- aber auch bei Wirtschaft und Arbeitsplätzen.

Das ist deutschlandweit einmalig. Und noch eines wissen wir aus der Wählerbefragung am Wahltag: Wir sind wieder die Arbeiterpartei in Brandenburg!

Die gute Mischung aus Wirtschaft und Gerechtigkeit - das war immer unser Ziel. Und sie ist der Kompass für die kommenden Jahre.

56 % der Brandenburger sehen Brandenburg heute gut auf die Zukunft vorbereitet – 2004 waren es nur 34 %. Das ist das Ergebnis unserer guten und beständigen Arbeit – und diese Leistung haben die Wählerinnen und Wähler vor allem der SPD gutgeschrieben.

Es war so, und es wird so bleiben: Wir Brandenburger Sozialdemokraten sind tief in der gesellschaftlichen Mitte unseres Landes verankert – und dort werden wir bleiben.

In den Augen der Menschen in unserem Land sind wir die „Brandenburgpartei“. Wir leiten unsere Politik und unsere Rolle nicht von anderen ab. Wir sind wir. Und genau deshalb haben wir die Wahl vom 27. September gewonnen.

#### Anrede

Ja, die Leute zählen auf uns. Aber die Kehrseite der Erwartungen, die an uns gerichtet werden, ist unsere Verantwortung, diesen Erwartungen immer wieder aufs Neue gerecht zu werden.

Ihr alle wisst: Diese Verantwortung kann manchmal zur Last werden. Wer die Verantwortung trägt, wer immer Dinge hinkommen soll, wer immer Probleme zu lösen hat, wer dafür zuständig ist, ganz praktisch für das Funktionieren des Landes zu sorgen – der hat es weniger leicht als andere.

Wer in schwierigen Zeiten Verantwortung trägt, der kann nämlich nicht mal eben irgendeine weiße Wundersalbe verschreiben, die angeblich alle Probleme auf der Stelle löst.

Wer Verantwortung trägt, der kann eben nicht nach Herzenslust Mehrausgaben fordern. Der kann nicht zugleich nach Steuersenkungen, Investitionen und Haushaltskonsolidierung rufen.

Der kann nicht alle Energieträger gleichzeitig ablehnen und trotzdem erwarten, dass aus der Steckdose Strom kommt.

Im Himmel Jahrmarkt feiern – das ist und bleibt nun einmal das besondere Privileg der Opposition.

Anrede

„Gemeinsam Verantwortung tragen für Brandenburg“ – das ist deshalb die Aufgabenbeschreibung für jede Regierungskoalition in unserem Land. Ob sie mit uns Verantwortung tragen *können* und ob sie es *wollen* – das war und das bleibt das entscheidende Prüfkriterium für unsere möglichen Koalitionspartner. Dabei standen wir nach dieser Landtagswahl vor einer schwierigen Auswahl.

In den vergangenen Jahren ist Brandenburg unter unserer Führung erfolgreich regiert worden. Daran hatte auch unser Koalitionspartner CDU seinen Anteil.

Währenddessen hatte sich die Linkspartei in der Opposition ziemlich bequem und verantwortungsfrei eingerichtet. Aber in beiden Parteien haben sich in den vergangenen Jahren Veränderungen vollzogen.

Auch deshalb sind wir von vornherein ohne Koalitionsaussage in den Wahlkampf gezogen. Deshalb haben wir von Anfang an gesagt: Wir werden mit derjenigen Partei koalieren, mit der wir eher in der Lage sind, unser sozialdemokratisches Programm zum Wohle Brandenburgs in die Tat umzusetzen.

Deshalb sind wir ganz und gar ergebnisoffen in die Sondierungsgespräche mit Linkspartei und CDU gegangen.

Die Entscheidung war wirklich nicht einfach. Niemand in der Sondierungskommission und im Landesvorstand hat sie sich leicht gemacht, und deshalb will ich sie hier noch einmal gründlich erläutern.

Gucken wir uns zuerst die Brandenburger CDU an. Ich habe in den vergangenen Jahren sinngemäß immer gesagt: Diese Partei befindet sich nach dem Abgang von Jörg Schönbohm in einem Umbruch mit offenem Ausgang.

Das war eine bewusst freundliche und neutrale Formulierung, die positive Entwicklungen innerhalb der CDU nicht verbauen sollte.

Diese positiven Entwicklungen sind aber nicht eingetreten – im Gegenteil. Reden wir also einmal Klartext über die Brandenburger CDU. Erstens: Diese Partei ist eine strukturell im Land schwach verankerte Organisation.

Bei der Landtagswahl ist es ihr erneut nicht gelungen, die 20-Prozent-Marke zu überschreiten – und das in einer Situation, in der die Bundeskanzlerin aus Tempelin stammt und die bundespolitische Großwetterlage eindeutig zugunsten der CDU stand.

Zweitens: Intern ist die Brandenburger CDU tief zerrissen. Da gibt es einerseits einen wenig durchsetzungsfähigen Regierungsflügel und andererseits einen auf ständig Krawall gebürsteten Flügel, in dem seit Jahren schon die Meinung vorherrscht, das Heil für die Partei liege in der Opposition.

Erst jüngst wieder haben uns die von der CDU-Fraktionsvorsitzenden im Zuge der Sondierungsverhandlungen aufgestellten unseriösen Forderungen mit aller Klarheit vor Augen geführt, wie explosiv das Konfliktpotenzial innerhalb der Brandenburger Union ist.

Eine einvernehmliche, an konstruktiven Lösungen orientierte Koalitionsregierung, wie sie die Bürgerinnen und Bürger völlig zu recht erwarten, erscheint unter solchen Umständen mit der Brandenburger CDU schlicht unwahrscheinlich.

Drittens: Die Führungsfrage in der Brandenburger CDU ist vollständig ungeklärt. Kein Mensch weiß, wie lange sich Frau Wanka noch an der Spitze halten wird. Keiner kann sagen, wer als nächstes das Zepter an sich reißt. Niemand weiß, in welche Richtung sich die Brandenburger CDU entwickelt.

Aber diese Brandenburger CDU ist nicht nur in personeller Hinsicht unberechenbar. Sie ist - viertens - in weiten Teilen auch eine Partei, die zur gesellschaftlichen Wirklichkeit in unserem Land keinen Zugang findet – weder mit dem Verstand noch mit dem Herzen.

Es ist ja richtig: Gemeinsam mit dem Regierungsflügel der CDU haben wir in den vergangenen Jahren eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik betreiben können. Auf diese Erfolge sind wir stolz, an sie werden wir in Zukunft energisch anknüpfen.

Aber die Problemlagen verschieben sich. Wir müssen heute Wirtschaft und Soziales auf eine Art und Weise zusammendenken, wie sie der CDU leider noch völlig fremd ist.

Wir müssen zum Beispiel schlicht zur Kenntnis nehmen, dass inzwischen gut ein Viertel der Kinder in Brandenburg aus Haushalten mit einem Hartz 4-Hintergrund

kommt. Diese Kinder brauchen ganz dringend Bildungschancen, um überhaupt Chancen im Leben zu erhalten.

Und zugleich ist es vor dem Hintergrund des zunehmenden Fachkräftemangels auch ökonomisch wichtig, dass wir kein einziges Kind zurücklassen. Und darum brauchen wir neue Ansätze, neue Ideen, damit alle Kinder Lebenschancen bekommen und unsere Unternehmen die Arbeitskräfte, die sie brauchen.

Die CDU sieht das Problem ganz einfach nicht. Fragen der sozialen Balance, Fragen der Herstellung echter Chancengleichheit, Fragen der Ermöglichung von sozialem Aufstieg für alle – das sind die Fragen, die uns Sozialdemokraten umtreiben und umtreiben müssen.

Wir wollen Aufstieg möglich machen. Und wir wollen dieses Land zusammenbringen und zusammenhalten – für die CDU ist der Zusammenhalt unserer Gesellschaft allenfalls nachrangig.

Man sieht das beispielhaft an ihrer Orientierung auf Aussortieren und Auslese im Bildungssystem. Für die CDU gibt es nur schlaue Kinder und nicht so schlaue. Und sie glauben nicht daran, dass man das ändern kann.

Warum das eine Kind pfiffig ist und das andere nicht, und wie man die Bedingungen verbessern kann, damit mehr Kinder schlau werden und den Aufstieg schaffen: Das sind Fragen, für die sich die Brandenburger Christdemokraten nicht besonders interessieren.

Aber das sind die Fragen, auf die wir in den kommenden Jahren Antworten geben müssen, wenn wir nicht wollen, dass unser Land auseinanderfällt in erfolgreich Angekommene und dauerhaft Abgehängte.

Darum treten wir Brandenburger Sozialdemokraten vehement für das Schüler-Bafög ein – und die CDU nicht.

Darum wollen wir Brandenburger Sozialdemokraten unbedingt die Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss senken, auch in dem wir Schüler mit Förderbedarf stärker in die Regelschulen einbeziehen – die CDU will das nicht.

Darum treten wir Brandenburger Sozialdemokraten für anständige Mindestlöhne ein – und die CDU nicht.

Anrede

Ein in sich tief zerstrittener Koalitionspartner mit einem zunehmend anderen Gesellschaftsbild, dazu eine nominelle Mehrheit von gerade fünf Mandaten – das ist nicht das Fundament, auf dem sich eine bessere Zukunft für unser Land errichten lässt. Und auf dem sich auch nicht eine stabile Regierung zum Wohle unseres Landes gründen lässt.

Und eines bitte ich Euch dabei ebenfalls zu bedenken. Mit der CDU als Koalitionspartner in Brandenburg wären wir auch gefährlich eng ins Fahrwasser der neuen schwarz-gelben Koalition im Bund gekommen.

Das ist eine Koalition, die sich schon in ihren ersten Wochen durch ihr bizarres Gemisch von grandiosen Vorhaben und offensichtlicher Inkompetenz auszeichnet. Nur ein paar Beispiele aus den allerersten Tagen dieser Regierung:

- Da soll in der Familienpolitik die Herdprämie eingeführt werden, die Eltern ausgerechnet dafür mit Bargeld ausstattet, dass sie ihre Kinder von der Kita fernhalten.
- Da soll in der Gesundheitspolitik die ungerechte Kopfpauschale wieder aus der Versenkung geholt und auf Biegen und Brechen durchgesetzt werden.
- Da werden im Mietrecht Neuerungen ins Spiel gebracht, die die Mieter gegenüber den Vermietern benachteiligen.
- Da wird ein einfaches Steuerrecht versprochen – und heraus kommt doch wieder nur ganz banale Klientelpolitik.
- Da werden Steuersenkungen für Besserverdienende geplant – und zugleich weiß jeder: Diese Steuersenkungen gehen angesichts riesiger Haushaltslöcher nur Lasten der Mittelschicht.
- Da melden sich neuerdings sogar Landespolitiker der FDP zu Wort, die von den Steuerplänen ihrer Bundespartei nichts wissen wollen, weil diese mit voller Wucht zu Lasten der Länder und Kommunen gehen würden.

Unter der Überschrift „Mit Vollgas in den finanzpolitischen Nebel“ schreibt sogar die konservative FAZ: „Union und FDP sind zu einer riskanten Fahrt ins Ungewisse aufgebrochen. In der schwarz-gelben Finanzpolitik passt nichts zusammen ... Der Crash liegt da nicht fern.“

Es ist offensichtlich: Hier fehlen die Vernunft und die Übersicht eines Frank-Walter Steinmeier und eines Peer Steinbrück an allen Ecken und Enden!

An dieser schwarz-gelben Bundesregierung werden die Menschen in Deutschland wenig Freude haben. Und wenn der Crash kommt, dann sind wir Brandenburger Sozialdemokraten gut beraten, nicht mit an Bord zu sein – auch nicht als Koalitionspartner einer der beiden Berliner Regierungsparteien.

Anrede

„Es geht um Brandenburg“ – dieser Richtschnur unseres gesamten Wahlkampfes haben wir treu zu bleiben. Nichts andere haben wir unseren Wählerinnen und Wählern versprochen. Nichts anderes werden wir in den kommenden fünf Jahren tun.

„Es geht um Brandenburg“ – diese Messlatte haben wir auch in unseren Sondierungs- und Koalitionsverhandlungen mit der Linkspartei mitgebracht.

Mit welcher anderen Partei wir unsere Ziele zum Nutzen der Menschen in Brandenburg in den kommenden fünf Jahren besser, verlässlicher und konstruktiver verwirklichen können - genau das ist der entscheidende Punkt.

Es hat sich gezeigt: Wir konnten uns verständigen, und wir konnten uns einigen. Wir konnten uns einigen auf der Grundlage gegenseitigen Respekts. Die Linkspartei hat nämlich endlich anerkannt, was wir Sozialdemokraten hier in Brandenburg seit 1990 aufgebaut haben.

Dieser grundlegende Respekt, diese Anerkennung war eine wichtige Voraussetzung für alles weitere. In der Präambel des Koalitionsvertrages, dem die Linkspartei zugestimmt hat, heißt es ausdrücklich:

„Die (...) Arbeit der 1989 wieder gegründeten, zuvor von der SED seit 1946 unterdrückten und verfolgten Sozialdemokratie (hat) zur positiven Entwicklung unseres Landes entscheidend beigetragen.“

Es ist völlig klar: Ohne diese ausdrückliche Anerkennung unserer sozialdemokratischen Aufbauleistung für dieses Land könnte es keine Koalition mit der Linkspartei geben.

Wir waren es, die nach dem Ende der „ökonomisch und ökologisch verschlissenen DDR“ angepackt haben. Und auch dieser Formulierung hat die Linkspartei ihre Zustimmung gegeben.

Anrede

Wie soll es weitergehen in Brandenburg? Worauf haben wir uns in der Sache mit der Linkspartei verständigt?

Das Leitmotiv der bisherigen Regierung hieß „Erneuerung aus eigener Kraft“. Das war ernst gemeint, und genau so haben wir unsere Erfolge der letzten fünf Jahre erzielt – indem wir uns in Brandenburg auf unserer eigenen Kräfte besonnen haben.

Für uns war deshalb wichtig: Diese Erneuerung muss weitergehen. Und das wird sie auch. „Der im Land betriebene Kurs der Erneuerung aus eigener Kraft ist richtig und soll energisch weitergeführt werden.“ So heißt es dazu im Koalitionsvertrag.

Heute gehen wir weiter. Die neue Koalition stellen wir unter das Motto „Gemeinsinn und Erneuerung: Ein Brandenburg für alle“. Daran wird deutlich, dass wir Bewährtes fortführen werden. Aber wir werden zugleich neue Akzente setzen. Und wir werden neue Fragen energisch anpacken.

Wohlgemerkt: Nicht etwa, weil uns das von der Linkspartei aufgenötigt worden wäre. Sondern weil wir Brandenburger Sozialdemokraten getreu unseren Werten und unserem Wahlprogramm diesen Kurs einschlagen wollen.

Anrede

In den vergangenen zehn Jahren ist es uns Stück für Stück gelungen, die wirtschaftliche Basis unseres Landes zu modernisieren.

Auf die Erfolge unserer Politik können wir richtig stolz sein. Die Exporte der Brandenburger Unternehmen haben sich verdoppelt, die Arbeitslosigkeit im Land ist fast halbiert. An vielen Orten, in vielen Familien im Land sind Aufschwung und Aufstieg geglückt.

Das ist eine gewaltige Leistung der Brandenburgerinnen und Brandenburg. Ich hätte mir vor fünf Jahren nicht zu träumen gewagt, heute hier zu stehen und eine „11“ vor dem Komma der Arbeitslosenzahlen zu haben.

Deshalb muss – und wird - auch in den kommenden Jahren die dynamische wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes im Mittelpunkt der Regierungsarbeit stehen. Und deshalb werden wir die Wirtschaftspolitik auch *weiter* entwickeln:

- Wir werden in der neuen Koalition dem Prinzip „Stärken stärken“ treu bleiben, also den eingeschlagenen Erfolgspfad der Wirtschaftsförderung fortsetzen, dabei an Bewährtem festhalten und, wo nötig, nachjustieren.
- Wir werden die Entwicklung Brandenburgs zu einem immer stärker ökologisch orientierten Industrieland mit breitem Mittelstand vorantreiben.
- Wir begreifen das Thema Energie als fundamentales Zukunftsfeld für Brandenburg. Deshalb werden wir unsere Kompetenzen als Energieland systematisch ausbauen. Wir setzen auf erneuerbare Energien, auf Kohlendioxidabscheidung, auf Solar- und Windenergie, auf Energiespeicherung und Energieforschung usw.). Brandenburg soll zu einem modernen Energieland werden, das im nationalen wie im internationalen Rahmen Maßstäbe setzt.

Anrede

Genauso wichtig wie die wirtschaftliche Erneuerung ist aber der Gemeinsinn in unserer Gesellschaft. Wir Sozialdemokraten sind die einzige Partei, die nicht nur klar und deutlich sagt:

Wir brauchen beides – wirtschaftliche Entwicklung und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sondern wir sind auch überzeugt: Beides bedingt sich gegenseitig – Wirtschaft braucht Zusammenhalt, und Zusammenhalt braucht eine gute wirtschaftliche Basis. Das Eine geht nicht ohne das andere.

Bei aller Freude über die gute wirtschaftliche Entwicklung in den vergangenen Jahren ist es eben noch nicht ausreichend und überall gelungen, Zusammenhalt und sozialen Aufstieg zu organisieren.

Über diese Herausforderung besteht zwischen uns und der Linkspartei Einigkeit. Darum ist es das zweite zentrale Ziel der neuen Regierung, mehr Leitern für sozialen Aufstieg aufzustellen und fehlende Leitersprossen zu erneuern.

Wir werden wirtschaftliche Dynamik stärker mit sozialer Verantwortung kombinieren. Damit das gelingt, wollen wir beispielsweise ein Mindestlohn- und Vergabegesetz. Ziel der Koalition ist ein moderner Sozialstaat und eine vorsorgende Gesellschaftspolitik.

Wir werden die soziale, ökonomische und politische Teilhabe der Menschen ausbauen und in ihre Fähigkeiten investieren. Das ist das zentrale Leitmotiv, das in der Präambel klar und gut beschrieben ist:

„Unser politischer Auftrag umfasst weit mehr als nur die Linderung vorhandener Nöte und Sorgen. Wir bekennen uns zu einer nachsorgenden Sozialpolitik, wo immer sie nötig ist – aber unser Blick richtet sich darauf, diese durch eine vorsorgende Gesellschaftspolitik zunehmend überflüssig zu machen. Moderne Sozialstaatlichkeit bedeutet immer stärker soziale Vorsorge und Investition in die Fähigkeiten aller Menschen.“

Diese Sätzen umreißen das wichtigste Anliegen der neuen Regierung – ein Anliegen, in dem wir uns mit der Linkspartei erfreulich weitgehend einig sind.

Es ist ein Anliegen, dass so ähnlich auch in unserem Hamburger Grundsatzprogramm steht. Das Prinzip des „vorsorgenden Sozialstaates“, der nicht erst wartet, bis das Kind in den Brunnen gefallen ist – dieses Prinzip werden wir in Brandenburg in die Tat umsetzen. Und genau das werden wir umsetzen!

Wir haben Grund zu der Zuversicht, dass dies in einer Koalition mit der Linkspartei weitaus besser möglich sein wird als in der bisherigen Konstellation.

#### Anrede

Das zweite Kernprojekt der Regierung ist es also, für bessere Lebenschancen für mehr Menschen zu sorgen. Dabei liegen uns besonders die Kinder am Herzen. Jeden Euro, denn wir bei ihnen investieren, wird sich später doppelt und dreifach auszahlen. Das ist die beste Vorsorge überhaupt.

- Deshalb werden wir die Netzwerke Gesunde Kinder ausbauen, damit ein Klima des Hinschauens bei der positiven Entwicklung von Kindern entsteht. Dabei ist das Engagement von Ehrenamtlichen besonders wichtig.
- Darum werden wir die Kita-Betreuung bei den unter 3-Jährigen verbessern (von 1:7 auf 1:6).

- Darum werden wir die Kita-Betreuung bei den 3-6-Jährigen verbessern (von 1:13 auf 1:12).
- Darum wollen wir, dass Brandenburg nicht nur quantitativ, sondern Stück um Stück auch qualitativ eines der besten Kita-Netze in Deutschland bekommt. Wir werden dafür weitere qualitative Verbesserungen bei unseren Kitas vornehmen, die Sprachförderung ausbauen und die Ausbildung der Kita-Erzieherinnen und -erzieher aufwerten.
- Darum werden wir die Qualität unserer Schulen entscheidend verbessern. Wir werden 1.250 neue Lehrer einstellen, die Schüler-Lehrer-Relation konstant bei 1:15,4 halten und den Schulen mehr Autonomie geben.
- Darum haben wir uns weiterhin fest vorgenommen, die viel zu hohe Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss und Berufsperspektiven bis 2015 zu halbieren. Hier besteht dringender Handlungsbedarf. In der neuen Koalition werden wir neue Wege einschlagen, um wirkliche Fortschritte zu erzielen.
- Darum werden wir die individuelle Betreuung der Schüler verbessern und vor allem Schüler mit Förderbedarf weitaus stärker in die Regelschulen einbeziehen, statt sie auszusortieren. Was in allen erfolgreichen Bildungsnationen möglich ist, wird auch in Brandenburg möglich sein.
- Darum werden wir ein Schüler-Bafög einführen, damit mehr Kinder aus einkommensschwachen Haushalten Abitur machen können.
- Darum werden wir die Berufsvorbereitung der Schüler verbessern, das Praxislernen ausbauen und die Kooperation zwischen Schulen und Unternehmen vertiefen.
- Und eines werden wir in Brandenburg ganz sicher nicht tun: Wir werden keine Studiengebühren erheben, denn wir wollen mehr Studierende bei uns im Land und nicht weniger. Mit uns und mit dieser Koalition wird es Studiengebühren nicht geben!

#### Anrede

Bessere Lebenschancen für mehr Menschen in Brandenburg, wirtschaftliche Dynamik und Erneuerung, mehr Zusammenhalt und stärkerer Gemeinsinn – diese Ziele werden wir nur dann erreichen, wenn in der künftigen Koalition ein Rad ins andere greift.

Nötig ist ein wirklich integrierter Ansatz. Deshalb muss es eine sehr enge und produktive Zusammenarbeit zwischen dem Arbeits- und Familienministerium, dem Bildungsministerium sowie dem Wirtschaftsministerium geben.

Diese enge und produktive Zusammenarbeit zum Nutzen der Menschen in unserem Land zu leiten und zu koordinieren – das betrachte ich ganz persönlich als meine wichtigste Aufgabe in den kommenden Jahren.

Das Ziel unserer künftigen Koalition ist es, mit der weiteren Modernisierung der Wirtschaft, mit vorsorgender Gesellschaftspolitik und mit mehr Gemeinsinn ein Brandenburg für alle zu schaffen – ein Brandenburg, in dem niemand ausgegrenzt oder dauerhaft abgehängt wird.

Dieses Ziel ist ein Ziel, zu dem sich Sozialdemokraten jederzeit bekennen können - ich meine: bekennen *sollten*. Wir werden in den kommenden Jahren erfolgreich sein, wenn wir in der neuen Koalition an einem Strang ziehen.

Anrede

Niemand verklärt diese neue Koalition zu einem historischen Projekt. Hier tun sich zwei Parteien sehr nüchtern auf koalitionsvertraglicher Grundlage zusammen, um Probleme zu lösen und so vielen Menschen im Land wie möglich eine bessere Zukunft zu ermöglichen. Dafür sind Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten hier im Land seit 1989 immer wieder angetreten.

In diesem Sinn blickt sozialdemokratische Politik nicht zurück. Sie packt an und sie baut auf, weil es im Hier und Jetzt immer genug zu tun gibt. *Das* ist unsere wichtigste Aufgabe, *dafür* werden wir gewählt - weil und wenn wir Probleme lösen und Zukunft ermöglichen.

Aber natürlich findet Politik nicht im geschichts- und vergangenheitslosen Raum statt. Wir alle kommen irgendwo her. Wir alle haben unsere Erfahrungen gemacht. Und der erste Daseinsgrund unserer Partei im Osten Deutschlands war es nun einmal, das illegitime Machtmonopol der SED zu brechen.

An die Stelle der Herrschaft der allmächtigen Einheitspartei mit ihrem absurden Wahrheitsmonopol wollten wir endlich Freiheit, Rechtsstaat und soziale Marktwirtschaft setzen.

Wir wollten den pluralistischen Parteienwettbewerb um die bessere politische Idee. Im Herbst 1989 wollten wir, dass sich die SED freien und fairen Wahlen stellen sollte. Die ostdeutsche Sozialdemokratie war damit der komplette Gegenentwurf zur SED. Und dieses Urmotiv prägt unsere Partei bis heute.

Dieses Urmotiv führt dazu, dass manche von uns eine Koalition mit der Nachfolgepartei der SED für ausgeschlossen halten. Ich würde mich dieser Position sofort anschließen, wenn solche eine Koalition eine „Schlussstrichkoalition“ wäre - eine Koalition, die so täte, als wäre die Vergangenheit nie gewesen.

Wir haben über diese Frage mit den Kollegen von der Linkspartei lange gesprochen. Und wir sind uns vollkommen einig darüber, dass diese Koalition mit irgendwelchen „Schlussstrichen“ nichts zu tun haben darf und nichts zu tun haben wird

In unseren Koalitionsvertrag haben SPD und Linkspartei deshalb gemeinsam hineingeschrieben:

„Eine Verklärung der SED-Diktatur wird es mit dieser Koalition nicht geben. Der offene und kritische Umgang mit früheren Fehlern ist ebenso notwendig wie die Übernahme von Verantwortung für verursachtes Unrecht. Wir werden die Lehren der Geschichte umfassend beherzigen und weitergeben. Unser Respekt und unsere Zuwendung gelten den Opfern der Diktatur, das Andenken an erlittene Repressalien werden wir wach halten.“

Anrede

Wir sollten die Linkspartei beim Wort nehmen. Wir Sozialdemokraten sollten auf die Fähigkeit von Menschen setzen, aus Fehlern und Irrwegen zu lernen. Nicht jeder kann das. Nicht jeder will das. Manche öffnen sich nur zögerlich Schritt um Schritt. Aber andererseits muss es dafür auch Angebote und Möglichkeiten geben.

Ich jedenfalls habe unsere Revolution im Herbst vor 20 Jahren so verstanden. Wir verfolgten damals doch gerade das Ziel, endlich in „ganz normalen“ freiheitlichen Demokratien leben zu können.

Bei allen früheren Verletzungen und bleibenden Narben: Zum Leben in der freiheitlichen und pluralistischen Demokratie, wie wir es damals anstrebten, gehören doch gerade die Bereitschaft und die Fähigkeit, endlich nicht mehr in den Freund-Feind-Kategorien der Diktatur zu denken.

Gegen dagegen richtete sich unsere Revolution von 1989 doch gerade! Genau das wollten wir doch überwinden!

Auch so verstehe ich unser Motto „Ein Brandenburg für alle“.

Jeder weiß, dass ich Johannes Rau sehr verehrt habe. Er hat Politik gemacht nach dem Motto, das Leben der Menschen immer ein kleines Stück besser zu machen. Er hat dies immer verbunden mit dem Ziel „Versöhnen statt zu spalten“. Das ist auch mir Handlungsanweisung – weil ich zutiefst davon überzeugt bin, dass es dazu keine Alternative gibt.

Dass dazu immer zwei Seiten gehören, ist mir vollständig bewusst. Bewusst ist mir aber auch, dass sich nach 20 Jahren noch immer ungesunde Risse durch unsere Gesellschaft ziehen - Risse, die sich nach meiner Wahrnehmung sogar wieder vertiefen. Risse im Übrigen, die durch neue Spaltungslinien verstärkt und verschärft werden.

Auf der einen Seite: Die Mehrheit der „Angekommenen“ und Integrierten. Auf der anderen Seite: Die beträchtliche Minderheit derjenigen, die sich teilweise verbittert zurückgezogen haben, weil sie sich zurückgesetzt fühlen.

Es geht mir um viele Menschen, die im vereinigten Deutschland zum Teil bis heute keinen Respekt für ihre Lebensleistung spüren.

- Es geht mir aber beispielsweise auch um Arbeitslose, besonders Langzeitarbeitslose, die kaum noch an Wahlen teilnehmen.
- Es geht mir um Alleinerziehende mit geringem Einkommen, die nicht mehr daran glauben, dass der Staat sie ernsthaft in ihrer schwierigen Lage, bei der Erziehung und Gewährung von Lebenschancen für ihre Kinder unterstützt.
- Es geht mir um Menschen mit Berufen, deren Ansehen in den vergangenen Jahren deutlich gesunken ist und unter diesem Ansehensverlust leiden.

Umfragen, bei denen sich die Hälfte der Ostdeutschen der Demokratie und der Marktwirtschaft gegenüber skeptisch und ablehnend zeigen, dürfen uns nicht kalt lassen.

Ich will, dass es mehr Menschen werden, die sich an unserem demokratischen Gemeinwesen beteiligen, weil sie sich diesem Gemeinwesen zugehörig fühlen. Darauf sollten wir Sozialdemokraten hinarbeiten. Und wer dieses Ziel teilt, der muss eingeladen sein, mit uns zusammenzuarbeiten.

In diesem Sinn sollten wir die Koalition mit der Linkspartei als Chance für unser Land begreifen. Als Chance zu Gemeinsinn. Als Chance der Erneuerung. Und als Chance, an einem Brandenburg zu arbeiten, in dem sich wirklich alle zu Hause fühlen können.